

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 22. Jänner 2024; Bericht

Am 22. Jänner 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie Lage im Nahen Osten.

Beim Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine betonte der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell die Notwendigkeit von strategischer Kommunikation im Zusammenhang mit der EU-Unterstützung für die Ukraine sowie der Verbesserung der globalen Outreach-Aktivitäten. Überdies wurden die weitere militärische Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF)/Ukraine Assistance Fund (UAF) und die Nutzung von Übergewinnen aus russischen Vermögenswerten zugunsten der Ukraine thematisiert. Im Rahmen der Diskussion sprach sich eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten für eine rasche Verabschiedung der Ukraine-Fazilität und des UAF sowie für eine Aufstockung der EFF und Steigerung der EU-Rüstungsproduktion aus.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten verwies HV/VP Borrell auf die gemeinsame EU-Position, die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung der Geiseln sowie die Sorge über die humanitäre Lage in Gaza und eine regionale Eskalation. Darüber hinaus fanden Gespräche mit dem israelischen Außenminister Israel Katz und dem Außenminister der palästinensischen Autonomiebehörde Riyad Al-Maliki statt.

Im Rahmen eines informellen Austausches mit den Außenministern Ägyptens, Jordaniens und Saudi-Arabiens sowie dem Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten habe ich auch im Namen meines tschechischen Amtskollegen u.a. betont, dass die Befreiung der verbleibenden Geiseln sowie die Stabilisierung der humanitären Lage in Gaza nun höchste Priorität haben. Zur Erreichung beider Ziele seien mehr Feuerpausen notwendig.

Österreich habe bislang 13 Millionen Euro an Nothilfe zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig müsse man auch an den Tag danach denken: Eine Rückkehr zum Status quo ante in Gaza sei nicht akzeptabel. Kein Staat der Welt würde eine barbarische Terrorgruppe und Mörderbande wie die Hamas in seiner Nachbarschaft akzeptieren. Jeder Staat würde seine eigenen Bürgerinnen und Bürger dagegen verteidigen. Europa sei bereit und in der Lage, eine Rolle zu spielen, auf diplomatischer und politischer Ebene. Jedoch brauche es enge Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Partnern in der Region und insbesondere den politischen Willen vor Ort. Die Palästinensische Autonomiebehörde verfüge in der jetzigen Konfiguration nicht über ausreichend Legitimität und gesellschaftliche Akzeptanz zur Verwaltung von Gaza und müsse daher reformiert werden. Mittel- und langfristig seien eine Normalisierung zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie eine Zwei-Staaten-Lösung für die Gewährleistung der Sicherheit Israels unumgänglich.

Unter Sonstiges informierte Malta zu seinen OSZE-Vorsitz-Prioritäten für 2024. Unter Verweis auf die Notwendigkeit der Stabilität des Westbalkans als eine Priorität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verwies Italien auf das geplante „*Friends of the Western Balkans*“- Minister:innentreffen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Februar 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister